



- CO₂ Überwachungspläne- und Berichterstellung
- CO₂ Mitteilung zum Betrieb MzB und Erstellung Jahresbericht
- CO₂ Registerkontoführung für Unternehmen
- CO₂ Emissionsrechte Kauf/Verkauf/Tausch von EUA/aEUA, CER2
- CO₂ Portfoliomanagement und Strategieberatung
- EEG Befreiungsanträge, Strompreiskompensation und Energieoptimierung
- Infos unter Freecall 0800-590 600 02



E-world
energy & water

7. - 9.2.2017
ESSEN, GERMANY
www.e-world-essen.com

Emissionshändler.com® Halle 2 – Stand 200

Emissionsbrief 13-2016

Praktische Informationen zum Emissionshandel

Ausgabe vom 13.12.2016

Carbon-Leakage und Windfall-Profits – Eine kritische Bestandsaufnahme Mitte der laufenden Handelsperiode

Die „Carbon-Leakage-Gefahr“ für die europäische Industrie und die viel geschmähten „Windfall Profits“ sind Themen, die im europäischen Emissionshandel immer wieder von Lobbyisten, NGOs und Medien als Themen aufgegriffen werden. Zur Halbzeit der 3. Handelsperiode des europäischen Emissionshandels sollten aus Sicht von Emissionshändler.com® die Themen Carbon-Leakage und Windfall-Profits einmal etwas objektiver betrachtet werden. Dies vor allem deswegen, weil auch Studien veröffentlicht worden sind, die den einen oder anderen Mythos bestärken und der Diskussion um Rahmenbedingungen für Marktteilnehmer für die 4. Handelsperiode eine falsche Richtung geben können.

Weiterhin beleuchtet Emissionshändler.com® in seinem Emissionsbrief 13-2016 die im Nachbarland Frankreich vorhandene, eher ungewöhnliche Einigkeit im Parteienspektrum, was Umwelt- und Klimathemen betrifft. Des Weiteren stellt Emissionshändler.com® in seinem Artikel die Einstellungen und Meinungen dar, wie Klima- und Umweltthemen bei ganz normalen Bürgern in Frankreich aufgenommen werden.

Die „Carbon-Leakage-Gefahr“ und „Windfall Profit“ Geschenke

Passend zur Jahreszeit geht Emissionshändler.com® in seiner Weihnachtsausgabe des vorliegenden Infobriefes 13-2016 auf mögliche Windfall Profit Geschenke ein, die die europäische Industrie laut verschiedener Aussagen und nunmehr auch gemäß einer Studie bisher bekommen hat.

Im Auftrage der Klimaschutzorganisation Carbon Market Watch hat das niederländische Beratungsunternehmen CE Delft die Auswirkungen des EU-ETS auf die wirtschaftliche Situation der Betreiber von Anlagen, die verpflichtend unter das System fallen, in 19 der 28 EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, untersucht.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass einerseits bisher keinerlei Anzeichen zu erkennen sind, dass es wegen der Belastungen durch das EU-ETS zu einer Verlagerung von Produktionsstandorten außerhalb der EU gekommen ist („Carbon Leakage-Risiko“). Stattdessen hätten die Industrieunternehmen im Zeitraum 2008 bis 2014 sogenannte „Windfall Profits“ in Höhe von ca. 24 Mrd. € erzielt. Davon entfielen ca. 4,5 Mrd. € auf ETS-Anlagen in Deutschland, und zwar jeweils mindestens:

- 2,1 Mrd. € in der Eisen- und Stahlindustrie
- 0,9 Mrd. € bei den Raffinerien
- 0,4 Mrd. € in der Zementindustrie und
- 0,3 Mrd. € in der Petrochemie

Bei 15 Unternehmen betragen diese Windfall Profits mehr als 100 Mio. € mit den beiden Spitzenreitern:

- ThyssenKrupp Stahl mit mindestens 673 Mio. € und
- Arcelor Mittal Deutschland mit mindestens 585 Mio. €.

Diese Beträge setzen sich aus drei Kategorien von Profiten zusammen:



1. Profite aus der Überallokation an kostenlosen Emissionsrechten, also einer kostenlosen Zuteilung von mehr Emissionsrechten an diese Unternehmen, als deren ETS-Anlagen tatsächlich Treibhausgase emittiert haben;
2. Profite aus der Nutzung von Gutschriften aus internationalen Klimaschutzprojekten (CDM- bzw. JI-Projekte), da viele Unternehmen diese Gutschriften (CER bzw. ERU) statt der kostenlos zugewiesenen Emissionsrechte zur Pflichterfüllung genutzt hätten und die dadurch nicht benötigten Emissionsrechte teurer verkaufen konnten als die CER/ERU gekostet haben;
3. Profite aus der Einpreisung von Opportunitätskosten zumindest für einen Teil der kostenlos erhaltenen Emissionsrechte in ihre Produktverkaufspreise.

Mythos Carbon-Leakage-Gefahr

Den deutlich größten Anteil an den o.a. Gesamtprofiten haben dabei die Profite aus der Einpreisung von Opportunitätskosten in der Eisen- und Stahlindustrie von ca. 79%. Allerdings unterscheiden sich die unternehmensspezifischen Anteile deutlich. Bei ThyssenKrupp betrug dieser Anteil 89%, bei Arcelor Mittal nur 33%.

Carbon Market Watch schlussfolgert daraus, dass diese Ergebnisse den Carbon-Leakage-Mythos der Industrie wie Seifenblasen zerplatzen lässt. In den letzten Jahren hätten Industrielobbyisten unsubstantiierte Behauptungen über den Einfluss des EU-ETS auf ihre Wettbewerbsfähigkeiten aufgestellt. Obwohl sie tatsächlich hunderte Millionen Euro an Windfall Profits gemacht hätten, würden sie auch heute immer noch behaupten, dass das EU-ETS ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt.

Empfehlungen für neue Regeln im EU-Handelssystem

Auf Basis der zuvor genannten Erkenntnisse empfiehlt Carbon Market Watch für die Überarbeitung und Neuordnung des EU-ETS drei wesentliche Neuerungen:

- Einen Ausstieg aus der kostenlosen Zuteilung von Emissionsrechten durch die schrittweise Erhöhung des Anteils der Versteigerung von Emissionsrechten von derzeit 57% auf 100% in der Zukunft;
- die Einführung eines mehrstufigen Carbon-Leakage-Regelung mit dem Ziel, kostenlose Emissionsrechte nur noch an solche ETS-

Anlagen zu geben, die dies wirklich nötig haben;

- eine jährliche Reduzierung der Benchmarks, auf deren Grundlage die kostenlosen Emissionsrechte zugewiesen werden, entsprechend dem übergeordneten Dekarbonisierungspfad des EU-ETS (d.h. jährliche Reduzierung mit dem Faktor 2,2% anstelle von 1%, wie es die EU-Kommission vorgeschlagen hat).

Infobox

Milchkühe kommen in den Emissionshandel

Die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen kündigte Anfang November 2016 an, dass eine von ihr mitentwickelte Messmethode bald zum Einsatz kommen würde, die es ermöglicht, dass die Haltung von Milchkühen in den Emissionshandel mit aufgenommen werden kann.

Kernpunkt ist demnach die zuverlässige Dokumentierung der Treibhausgase, die bei der Haltung der Kühe entstehen. Dies dürfte vor allem Methan und Kohlendioxid betreffen.

Die neuartige Messmethode ist von der „Gold Standard“ Organisation, die Klimaprojekte für die Vereinten Nationen (UN) bewertet, zertifiziert worden, was dann auch Kleinbetrieben den Zugang zu international akzeptierten Kohlenstoffgutschriften ermöglichen würde. Laut FAO können diese dann auf den Kohlenstoffmärkten verkauft werden und bilden somit eine potentielle Umsatzquelle für die entsprechenden Landwirte. Der damit neu geschaffene Anreiz für die Milchindustrie, ihre Produktion noch umweltfreundlicher zu gestalten, sowie die Fütterung so umzustellen, dass der Ausstoß der Treibhausgase minimiert wird, wird als hoch eingeschätzt.

Hintergrund der Idee, Milchkühe in den Emissionshandel hereinzunehmen sei die Tatsache, dass weltweit die Treibhausgasproduktion bei der Milchproduktion sehr stark variiere. In einigen Ländern würden nur 1,7 kg Kohlendioxidäquivalent pro Kilogramm Milch ausgestoßen, in anderen Ländern betrage dieser Wert bis zu 8,5 kg pro kg Milch.

Kritische Analyse der Studie von CE Delft

Wenn sich Emissionshändler.com® diese Studie von CE Delft und ihre Ergebnisse sowie die Schlussfolgerungen und Empfehlungen von Carbon Market Watch kritisch näher anschaut, dann muss leider festgestellt werden, dass diese Studie genauso wenig überzeugend ist, wie die zu Recht kritisierten Behauptungen der Industrie über die vermeintliche CL-Gefahr.

Im Wesentlichen können 5 Punkte kritisch herausgearbeitet werden, die genauer betrachtet werden sollten:



1. Mangelnde Transparenz der Studie

Die Ergebnisse der Studie sind nicht wirklich transparent erläutert, so dass die Berechnungen nicht nachvollzogen und überprüft werden können. Z.B. wird weder angegeben, mit welchen Preisen die Emissionsrechte bewertet wurden – mit den relativ hohen Marktpreisen zum Zeitpunkt der jeweiligen jährlichen Zuteilungen oder den derzeit wesentlich niedrigeren -, noch wie groß die jeweils bewerteten Emissionsrechtemengen sind. Große Unternehmen betreiben nicht nur viele ETS-Anlagen, die den Industriesektoren zugeordnet sind, sondern auch viele Feuerungsanlagen, die ihre Industrieanlagen mit Wärme und Strom versorgen und bis 2012 deutlich weniger Emissionsrechte kostenlos erhielten, als diese Anlagen emittierten und ab 2013 hinsichtlich der Stromproduktion gar keine kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten mehr erhalten. Ob dies alles korrekt berücksichtigt und die unterschiedlichen Ausstattungsgrade richtig saldiert worden sind, lässt sich nicht überprüfen.

2. CER/ERU aus internationalen Klimaschutzprojekten sind keine Windfall Profits

Die o.a. Profite der 2. Kategorie sind gar keine Windfall Profits, denn die CER/ERU sind nicht kostenlos zugeteilt worden, sondern mussten von den ETS-Anlagenbetreibern zu Marktpreisen gekauft werden. Mit den Erlösen aus den CER/ERU-Verkäufen sind die internationalen Klimaschutzprojekte finanziert worden, mit denen kostengünstig Treibhausgasemissionen vermieden bzw. reduziert wurden. Sie sind daher gleichzusetzen mit Investitionen in eigene Maßnahmen zur Emissionsreduktion der ETS-Anlagen, nur eben kostengünstiger. Dies war politisch gewollt und ist aus Klimaschutzgesichtspunkten auch sinnvoll und richtig. Diese Kostenverringerungen sind daher keine „Windfall Profits“.

3. Hohe Windfall Profits sind keine Dauererscheinung

Der größte Teil der o.a. Windfall Profits ist in der Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 angefallen. Die Regeln für die laufende Periode von 2013 bis 2020 sind bereits u.a. aus diesen Erfahrungen wesentlich verändert worden, so dass die derzeitigen Windfall Profits bereits deutlich niedriger ausfallen. Z.B. hat sich durch den Wechsel von historischen Emissionen zu historischen Produktionsmengen mit

anspruchsvollen produktspezifischen Benchmarks als Berechnungsbasis die Überausstattung mit Emissionsrechten strukturell deutlich verringert. Eine Überausstattung existiert aber durchaus auch heute noch, und zwar bedingt durch den Unterschied von hoher historischer Produktion vor der Weltwirtschaftskrise mit der heutigen niedrigeren Produktion nach der Weltwirtschaftskrise. Dieses Verhältnis könnte sich bei einer Erholung der Weltwirtschaft zukünftig auch umdrehen. Auch bei völlig unveränderten CL-Regeln würden die Windfall Profits der o.a. Kategorie 1 zukünftig wahrscheinlich praktisch irrelevant. Bei der Bewertung der Studienergebnisse wird aber implizit der Eindruck erweckt, als ob die o.a. hohen Profite in Milliardenhöhe auch weiterhin erzielt würden.

4. Opportunitätskosten sind legitim und gewollt

Bei den genannten Profiten der Kategorie 3 wird der Eindruck erweckt, als ob die Einpreisung von Opportunitätskosten an sich schon etwas „schlimmes“ sei. Dabei ist dies völlig korrekt und richtig und auch klimapolitisch gewollt. Die Endverbraucher von Gütern und Dienstleistungen können doch andernfalls die Kosten der damit verbundenen Treibhausgasemissionen bei ihrem Nachfrageverhalten nicht berücksichtigen. Nicht richtig ist „lediglich“, dass die ETS-Anlagenbetreiber auch für den Teil ihrer Produkte, für die sie eine Einpreisung am Markt durchsetzen können, die Emissionsrechte kostenlos zugeteilt erhalten. Dies zeigt die Ineffizienz der derzeitigen CL-Regelung, die nur eine Einstufung als „CL-gefährdet“ oder „Nicht-CL-gefährdet“ kennt und nicht berücksichtigt, dass es diese einfache Schwarz-Weiß-Einteilung in der Realität nicht gibt. Inzwischen liegen zahlreiche Studien vor, die aufzeigen, in welchem Ausmaß die Industrie die Einpreisung der Kosten der Emissionsrechte am Markt durchsetzen kann. Dies ist natürlich in den verschiedenen Sektoren bzw. Produktgruppen sehr unterschiedlich und auch nicht konstant, sondern verändert sich in Marktwirtschaften ständig und lässt sich insbesondere nicht zuverlässig vorhersagen. Keine wie auch immer ausgestaltete CL-Regelung kann daher genauso wenig das CL-Risiko wie das Windfall Profit-Risiko völlig beseitigen. Mit gewissen Rest-Risiken müssen und können wir aber auch leben.



5. Administrationskosten werden nicht berücksichtigt

Es wird nicht berücksichtigt, dass die Betreiber von ETS-Anlagen auch ETS-spezifische Administrationskosten haben, die ggf. die Windfall Profits reduzieren. Das sind Kosten für die Erstellung und Pflege der Überwachungspläne, das Monitoring der Emissionen (Messgeräte, Überwachungspersonal), die Erstellung der jährlichen Emissionsberichte, deren Verifizierung durch Prüfstellen, die Administration der Konten im Unionsregister usw. Diese Kosten mögen für die großen Unternehmen mit Emissionen in Höhe von Millionen t CO₂/Jahr relativ gering und daher unbedeutend sein, für die vielen ETS-Anlagenbetreibern mit Emissionen von jährlich 10, 20 oder 30 Tausend t CO₂ sind sie ein Kostenfaktor, der die bei ihnen ggf. anfallenden Windfall Profits überwiegt.

Fazit: Keine Windfall Profits aber auch keine CL-Gefährdung

In jedem Falle hat die Studie von CE Delft trotz der in 5 Punkten vorhandenen Schwächen aber das große Verdienst, dass die bisherigen wirtschaftlichen Auswirkungen des EU-ETS auf die Industriesektoren und insbesondere für die großen Industriekonzerne quantitativ analysiert werden.

Die konkreten Zahlen der Windfall Profit-Schätzungen mögen etwas unsicher und insgesamt tendenziell zu hoch sein. Sie machen aber eines ganz deutlich:

Die von den Industrielobbyisten behauptete CL-Gefährdung besteht bisher nicht, zumindest lange nicht in dem behaupteten Ausmaß. Sie ist auch im Lichte der Ergebnisse der Pariser UN-Klimakonferenz und der steigenden Anzahl von Staaten, die auf der einen oder anderen Weise eine Bepreisung von Treibhausgasen auch bei sich einführen wollen, auch für die Zukunft nicht zu erkennen. Eine Rechtfertigung für eine weiterhin „großzügige“ Zuteilung von kostenlosen Emissionsrechten ist nicht gegeben.

Statt pauschal über Carbon Leakage-Gefährdung zu lamentieren, sollten die Industrieverbände sich lieber konstruktiv an der Überarbeitung der CL-Regelungen beteiligen und Vorschläge unterbreiten, wie sowohl die CL- als auch die Windfall Profit-Risiken möglichst gering gehalten werden können.

Umwelt- und Klima im Bewusstsein der französischen Gesellschaft

Ein Beitrag von Pierre Henri Bernard, Emissionshändler.com®, Co-Autor Michael Kroehnert

Die Historie der grünen Bewegung in Frankreich

Ähnlich wie in Deutschland sind die ersten ökologischen Bewegungen in Frankreich in den 70er Jahren aus Studentenbewegungen von 1968 entstanden. Aus Vereinen und Verbänden haben sich die Träger dieser Bewegung langsam einen Weg in die nationale politische Szene geschaffen. Das politische Engagement für den Schutz der Natur war von Anfang an politisch links verankert, im Einklang mit der Verteidigung der Dritten-Welt-Länder und den ländlichen Räumen gegen eine wachsende Macht der Globalisierung und der Weltmärkte.

Man lehnte es ab, dass das Leben dem Kapital geopfert wird, mit der Konsumgesellschaft als Pfand.

Deswegen stellte sich in Frankreich die politische Ökologie als eine Form der Förderung einer neuen Sozialgerechtigkeit dar, die durch den Schutz der Erde als Existenzmittel zum Ausdruck gebracht wird. Parallel dazu wuchs eine Opposition gegen Massenproduktion heran, gegen eine wachsende Nutzung der Atomkraft und gegen das amerikanische Lebensmodell, das als Gefahr für das Gleichgewicht der Umwelt angesehen wurde.

1974 wurde René Dumont als der erste „grüne“ Kandidat der Geschichte Frankreichs zur Präsidentschaftswahl zugelassen. Mit 1,32 % der Stimme war es ein unauffälliger Start, aber damit betrat die ökologische Bewegung die politische Bühne Frankreichs. Die Denkrichtungen waren jedoch viel zu zersplittert, als dass die Bewegung schon eine relevante Größe annehmen konnte. Die Partei „Les Verts“ („Die Grünen“) erreichten dann erst Ende der 90er Jahre gute Wahlergebnisse unter der Führung von Frau Dominique Voynet (Umweltministerin 1997-2001) und des deutsch-französischen Politiker Daniel Cohn-Bendit.

Die grüne Partei erreicht nicht ihre Zielgruppe

Die politische grüne Bewegung hatte aber schon immer Probleme die Bürger zu überzeugen. Bei Nationalwahlen blieb die Partei „Les Verts“ immer unter 7% der Stimmen. Erfolgreich hingegen war sie jedoch in immer größerem Umfang bei den Europawahlen, so dass die Partei in ihrem besten Jahr 2009 deutliche 16,28% der nationalen Stimmen bekam. Im Jahre 2012 beteiligten sich „les Verts“ sogar mit zwei Ministerposten an der ersten Regierung von



François Hollande. Wegen Uneinigkeiten verließen sie jedoch die Regierung schon wieder im Jahre 2014.

Heute erlebt die Partei eine interne Krise, die sich rund um die Zusammenarbeit mit den Sozialisten und die Unabhängigkeit der Grünen von anderen Parteien dreht. Aktuell regieren „Les Verts“ nur in der Stadt Grenoble, sonst immer nur teilweise in Regions- oder Stadtregierungen, zusammen mit den Sozialisten. Der Kandidat für die Präsidentschaftswahl 2017, Yannick Jadot (ehemaliger Chef von Greenpeace France) würde laut Umfragen nur 2 bis 3% der Stimme bekommen, was bezeichnend für den Stand der Grünen in der französischen Gesellschaft ist.

Dass die Grünen in Frankreich so wenig Erfolg haben liegt auch daran, dass ihre Themen von den anderen Parteien nach und nach selbst übernommen worden sind. Hinzu kam, dass der Mangel an Profil und Struktur der französischen Grünen und die Tatsache, dass sie sich ideologisch nie entscheiden konnten, ob sie zu einem linken Flügel im Parteienspektrum gehören oder lieber unabhängig bleiben wollen, zu ihrer noch immer geringen Bedeutung führten.

Umwelt- und Klimathemen bewegen die gesamte französische Gesellschaft

Parallel dazu wurden die Themen, die mit dem Schutz der Umwelt direkt verbunden sind, von allen Parteien in Frankreich benutzt und besetzt, was sich dann in allen Bereichen und Sektoren der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft widerspiegelte.

Internationale Faktoren, wie die Tschernobyl Katastrophe, das Kyoto-Protokoll, die UN Rahmenkonvention und andere wichtige Meilensteine der Umwelt- und Klimapolitik, spielten eine immer größere Rolle, weil es in der politischen und staatlichen Tradition Frankreichs schon immer so war, dass der Staat, also Paris, am Ende die Richtung vorgibt.

Die lokalen „Regierungen“ haben für die Entscheidung und die Durchführung von mehr oder weniger lokalen Umweltmaßnahmen überhaupt keinen Freiraum. Deswegen ist sehr deutlich zu merken, dass das Interesse der Franzosen zu Umweltfragen immer dann wächst, wenn diese Themen von der Pariser Politik berücksichtigt werden.

2000 ist dann ein entscheidendes Jahr: Al Gore in den USA und der Fernsehmoderator, Umweltschützer und Filmemacher Nicolas Hulot in Frankreich benutzen die Medien, um über die Gefahren unseres Lebensstils für die Zukunft unserer Erde zu informieren.

2007 setzt sich die konservative Sarkozy-Regierung stark für Klima- und Umweltschutz ein, indem ein nationaler runder Tisch, die „Grenelle de l’environnement“ einberufen und organisiert wird. Diese Umweltkonferenz soll alle Akteure wie NGOs,

Vereine, Wissenschaftler mit Regierungsinstitutionen in Frankreich zusammenbringen, um über zukünftige Maßnahmen für die Umwelt in Frankreich zu diskutieren.

Bemerkenswert war, dass damals alle Wirtschaftsbranchen zu dieser Konferenz eingeladen wurden: Verkehr, Landwirtschaft, Energie, Bau. Die verschiedenen Engagements, die bei dieser Konferenz unterschrieben worden sind, sind im Anschluss mehr oder weniger akzeptiert und umgesetzt worden. In der Konsequenz führte dies auch dazu, dass das Thema „Umwelt“ ein Muss für jede Person des öffentlichen Lebens in Frankreich geworden war.

Diese erfolgreiche Konferenz hat zudem gezeigt, dass die Umweltthemen in der Politik in Frankreich alle Parteien betreffen und dass alle politischen Richtungen einen Vorteil in der Durchführung von Umweltmaßnahmen finden können.

Umweltpolitik findet sich in jedem Parteiprogramm

Heute, sechs Monate vor der Präsidentschaftswahl im April 2017 kann man schon bemerken, dass die Umweltthemen in Frankreich nicht im Fokus des Wahlkampfes stehen. Die Ereignisse, die Frankreich während der letzten 18 Monate heimsuchten, haben andere Themen in den Mittelpunkt gerückt.

Da manchen Parteien auch noch in der Phase sind, einen Kandidaten zu bestimmen, sind auch die Programme der Parteien in der Regel noch nicht so festgelegt. Die Umweltthemen werden jedoch immer präsenter, und zwar bei allen Parteien.

- **Die Grünen** setzen sich in erster Linie ein für eine bessere Luftqualität, für erneuerbare Energien, für einen Atomausstieg und für ein Verbot von genmanipulierten Nutzpflanzen.
- Die **Linke Front** „Front de Gauche“ schlägt zum ersten Mal wichtige Umweltmaßnahmen durch eine ökologische Planung vor, was durch den linken Kandidaten Jean-Luc Mélanchon als eine Revitalisierung der Wirtschaft auf umweltfreundlicher Basis bezeichnet wird.
- Die **Sozialisten** ihrerseits setzen sich für eine Energiewende ein, die mit den Unternehmen und durch das Engagement der Bürger durchgeführt werden soll.
- Der **sozial-liberale** Kandidat Emmanuel Macron setzt sich für das Ende der wirtschaftlichen und steuerlichen Vorteile für Diesel-Fahrzeuge ein und für eine Preisuntergrenze der Kosten einer Tonne CO₂ (Emissionsberechtigung).
- Für die **Republikaner** (früher UMP) stellt François Fillon, konservativer ex-Premierminister und Kandidat für die



Präsidentenwahlen 2017 fest, dass der Schutz der Umwelt eine große Herausforderung und eine Pflicht für die nächste Generation ist. Deswegen aber muss nicht unbedingt die Wirtschaftskraft Frankreichs darunter leiden. Dennoch wünscht er sich, dass Frankreich ein Meister der CO₂-freien Wirtschaft in der Welt werden soll.

- Sogar die **Front National** und dessen Chefin Marine Le Pen stellt ein neues Bild der sogenannten „patriotischen Ökologie“ vor: Eine Energieunabhängigkeit Frankreichs, die Verbesserung der Luftqualität und der Qualität der Lebensmittel sowie eine Verstaatlichung der bisher noch in privater Hand befindlichen Anteile der EDF („Électricité de France“, des Monopol-Stromversorgers in Frankreich). Zum ersten Mal setzt sich damit eine rechtsextreme Partei für Umweltmaßnahmen ein, dies jedoch mit ihrer eigenen Art und ideologischen Grundprinzipien.

Obwohl in Frankreich die Themen der Sicherheit, der Identität und der Arbeitslosigkeit am meisten im Fokus der Debatten stehen, sind sich alle politischen Parteien und die Gesellschaft darüber einig, dass der Umwelt- und Klimaschutz eine zentrale Frage für die Zukunft Frankreichs darstellt.

Umwelt- und Klimapolitik bei den Menschen zu Hause

Da in Frankreich die Gesellschaft in der Regel immer der Politik ein Schritt voraus ist, wurden ökologische Themen erstmals durch Verbände und andere Privatinitiativen im Alltagsleben der Menschen verankert. Langsam, Ende der 90er Jahre, kam das Thema der Klimaerwärmung in Plakatkampagnen und Medienberichten auf. In der Schule wurde immer mehr über umweltgerechtes Verhalten im täglichen Leben gelehrt.

Man drängt Kinder, ein Vortrag über schmelzendes Eis zu halten, es wurden gemeinsame Abfallsammlungen an Nachmittagen organisiert und es wurde vor allem den Kindern das Wissen so beigebracht, dass diese den Eltern zu Hause die Problematik Umwelt und Klima nahebringen können. Dies war immer besonders wichtig, da es gewollt war, dass Kinder in der Schule, beim Sportverein oder bei den Pfadfindern immer mehr darüber informiert wurden, um dann ihren Eltern und Großeltern, die sich stetig skeptisch gegenüber Umweltthemen zeigten, diese Themen nahezubringen.

Bestes Beispiel war da schon immer die Mülltrennung, die eigentlich schon 1974 eingeführt worden war, die aber den Beteiligten Anfang der 2000er Jahre noch ziemlich egal war. Noch heute gibt es Stadtteile und

Dörfer, wo die Leute allen Müll in dieselbe Tüte packen, wenn es denn überhaupt eine Tüte gibt. Die große Mehrheit der Franzosen geht aber mittlerweile mit der Mülltrennung positiv um, da jeder Haushalt zwischenzeitlich seine eigenen Mülltonnen und seinen Müllabfuhrplan bekommt.

Infobox

Transaktionszeiten zu Weihnachten und zum Jahreswechsel

Kontobevollmächtigte von Anlagenbetreibern, die noch vor ihrem Weihnachtsurlaub eine Transaktion anstoßen möchten, sollten die diesjährigen Transaktionszeiten beachten.

Durch die verzögerte Ausführung der Transaktion im Zeitraum Montag bis Freitag wird es um die Feiertage und zum Jahreswechsel zu Verzögerungen kommen.

Betrachtet man die Feiertage im Deutschen Register, dann ist hier zu beachten, dass folgende Tage nicht als Arbeitstage im Sinne des EU-Registers zählen.

- 24.12.2016 Heiligabend
- 25.12.2016 1. Weihnachtstag
- 26.12.2016 2. Weihnachtstag
- 31.12.2016 Silvester
- 01.01.2017 Neujahr

Hier müssen unter Berücksichtigung der 26-Stunden-Regel Verzögerungen bis zu 5 Tagen berücksichtigt werden. Insbesondere ist dies dann relevant, wenn aus steuerlichen oder bilanziellen Gründen Transaktionen noch im alten Jahr oder erst im neuen Jahr ausgeführt werden sollen/können.

Mobilität versus Klimaschutz

Die Erziehung rund um die Qualität der Luft war jedoch schon immer deutlich schwieriger gewesen. Frankreich ist ein Auto-Land, auch wenn man das eher für Deutschland sagen würde. Das Entwickeln von sogenannten „Wirtschaftszonen“ am Rande der französischen Städte ab den 60er Jahren führte dazu, dass die Franzosen immer mehr ihr Auto für das Einkaufen und ihre Freizeitaktivitäten nutzten.

Diese Wirtschaftszonen sind kaum mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß zu erreichen und dehnen sich auf mehrere Quadratkilometer aus. Darüber hinaus wurden auf dem Land die kleineren Eisenbahnlinien immer mehr stillgelegt oder abgerissen und damit war das Auto die einzige Möglichkeit, aus der Stadt zu diesen Zentren zu gelangen.

Jüngeren Menschen in Frankreich ist es durchaus bewusst, welche gesundheitlichen Auswirkungen Luftschadstoffe durch den Individualverkehr mit sich bringen. Die Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel, auch außerhalb der Städte, ist aber ziemlich neu und die



Transition zu umweltfreundlichen Fahrzeugen ist über einen langen Zeitraum nicht gefördert worden.

Die Franzosen haben sich jedoch sehr fortschrittlich gezeigt was Fahrgemeinschaften angeht, insbesondere durch die Einführung von sogenannten „Fahrgemeinschafts-Treffpunkten“, wo sich Autofahrer an einem speziellen Schild treffen können, um zusammen zur Arbeit zu fahren. Die Webseite Blablacar, ein französisches Start-Up Unternehmen, ist sogar schon länger international aktiv und immer erfolgreicher.

Es ist aber dennoch ein langer Weg, bis sich alle Franzosen der gesundheitlichen- und Klimafolgen- gefahren bewusst werden, die das Verbrennen fossiler Stoffen nach sich zieht.

Dies erkennt man auch an der Tendenz, dass das Flugzeug von den Franzosen immer mehr benutzt wird. Grund sind hier die geringere Preise und die Erhöhung der Anzahl der Flugziele.

Die Deutschen dienen durchaus als Vorbild

Die Franzosen sind mit ihren Traditionen sehr verbunden, besonders wenn es um das Essen geht. Obwohl sich die Landwirtschaft immer mehr für die multinationalen Ernährungsunternehmen öffnet, ist die Mehrheit der Franzosen für einen hohen Schutz der Traditionen und gegen das Verwenden von Pestiziden. Laut einer repräsentativen Umfrage sind 93% der Franzosen dafür, dass die Verwendung von gefährlichen Pestiziden auf der Verpackung von Lebensmitteln kenntlich gemacht wird. Darüber hinaus wünschen sich 94% der Franzosen, dass die Massentierhaltung auch durch eine solche Etikettierung kenntlich wird. Überall im Lande entstehen – so wie in Deutschland - neue Bio-Läden und das Prinzip des direkten Verkaufes der Lebensmittel durch Bauernhöfe nimmt zu.

Regionale Wertschöpfungsketten werden von den regionalen Regierungen gefördert, um Transportwege zu verkürzen und um die lokale Wirtschaft zu stärken. Diese Bemühungen unterstützen dann auch die Entwicklung lokaler Marken und Produkte, die den Produzenten vor Ort wieder zu Gute kommen.

Deutschland wird in Frankreich als der „grüne“ Nachbarn angesehen: „da drüben“ fahren sie alle Fahrrad, essen alle Bio und sind alle gegen Atomkraft. Die Tendenz zeigt aber, dass die Franzosen bald genauso „Grün“ wie die Deutschen sind.

Disclaimer

Dieser Emissionsbrief wird von der GEMB mbH herausgegeben und dient ausschließlich zu

Informationszwecken. Die GEMB mbH gibt weder juristische noch steuerliche Ratschläge. Sollte dieser Eindruck entstehen, wird hiermit klargestellt, dass dies weder beabsichtigt noch gewollt ist.

Die GEMB mbH übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen oder ihre Geeignetheit zu einem bestimmten Zweck, weder ausdrücklich noch stillschweigend. Dieser Brief wird auch nicht mit der Absicht verfasst, dass Leser eine Investitionsentscheidung, eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung hinsichtlich eines CO2-Produktes oder Markt- und/oder eine Vertragsentscheidungen in

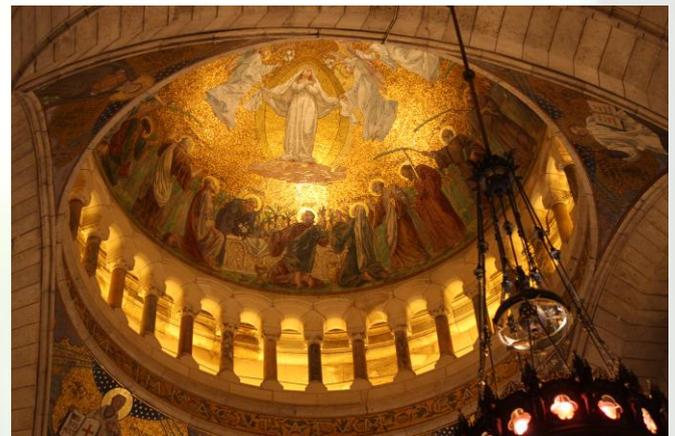
Unser Angebot

Kontakten Sie uns einfach unverbindlich unter 030-398 8721-10 oder Freecall 0800-590 600 02 sowie per Mail unter info@emissionshaendler.com oder informieren Sie sich im Internet über weitere Leistungen unter

www.emissionshaendler.com.



Herzliche Emissionsgrüße
Ihr Michael Kroehnert



Basilica Sacre-Coeur, Montmartre, Paris

Foto: Kroehnert

Wir wünschen allen unseren Kunden und deren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und ein glückliches und gesundes Neues Jahr 2017.

Verantwortlich für den Inhalt:

Emissionshaendler.com®

GEMB mbH, Helmholtzstraße 2-9, 10587 Berlin

HRB 101917 Amtsgericht Berlin Charlottenburg, USt-ID-Nr. DE 249072517

Telefon: 030-398872110, Telefax: 030-398872129

Web: www.emissionshaendler.com, Mail: info@emissionshaendler.com

Mitglied im Vorstand Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz BVEK www.bvek.de